

Vortrag Beate Müller-Gemmeke



Beate Müller-Gemmeke

MdB, Sprecherin für Arbeitnehmerrechte der Grünen-Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Positionen und Forderungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte mich kurz vorstellen: Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für Arbeitnehmerrechte der Grünen-Bundestagsfraktion. Auch ich bin im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Ich bin auch ver.di-Mitglied und die Sprecherin der Gewerkschafts-Grünen. Auch wir Grünen haben so etwas, wo sich Grüne und GewerkschafterInnen zusammentun.

Die Zunahme von psychischen Erkrankungen ist besorgniserregend. Da ist vieles heute Morgen auch schon gesagt worden. Bei diesem Thema geht es um die Gesundheit und die Lebensqualität der Beschäftigten. Psychische Erkrankungen isolieren zudem die Menschen und belasten zugleich die ganze Familie. Wenn wir über Stress reden, dann hat dies auch mit dem Thema Altersarmut zu tun. Denn wer Altersarmut verhindern will, der muss natürlich dafür sorgen, dass die Beschäftigten auch gesund bis zur Rente arbeiten können.

Es geht aber auch um die Betriebe. Denn der demographische Wandel und der drohende Fachkräftemangel muss bewältigt werden. Das geht nur mit einer tragfähigen Arbeitskultur. Vor diesem Hintergrund haben wir Grünen uns mit dem Thema intensiv beschäftigt und wir haben ebenfalls einen Antrag in den Bundestag eingebracht.

Die psychischen Gefährdungen in der Arbeitswelt müssen reduziert werden. Mehr noch, wir brauchen zukünftig vermehrt alters- und altersgerechte Ar-

beitsbedingungen. Notwendig ist natürlich eine effektive betriebliche Gesundheitsförderung und sie muss auch bei allen ankommen. Notwendig ist auch eine Stärkung des betrieblichen Eingliederungsmanagements, insbesondere in kleinen und mittleren Betrieben. Aber entscheidend ist für uns, dass wir an der Wurzel des Problems ansetzen: Abnehmende Leistungsfähigkeit und Erkrankung entstehen vor allem durch schlechte und belastende Arbeitsbedingungen. Deshalb ist unserer Meinung nach insbesondere der Arbeitsschutz gefordert.

Viel zu lange hat sich die Politik auf das Arbeitsschutzgesetz in seiner jetzigen Fassung verlassen und den Umgang mit psychischen Belastungen alleine den Arbeitgebern überlassen. In der Konsequenz haben wir heute ein Regelungs-, aber auch ein Umsetzungsproblem beim Arbeitsschutz. Deshalb haben wir Grünen sechs Forderungen. Die will ich jetzt skizzieren.

Der erste Punkt: Die Regelungslücke wollen wir mit einer Antistressverordnung schließen. Geht es um Dezibel und Lärmschutz oder ab wann eine Chemikalie gesundheitsgefährdend ist und krank macht, existieren konkrete Verordnungen. Bei den psychischen Gefährdungen fehlt eine solche Verordnung.

Mit einer Verordnung wollen wir den Betrieben ein Handwerkszeug, Hilfen an die Hand geben, mit denen sie psychische Belastungen überhaupt erstmal erkennen und im Rahmen von Gefährdungsbeurteilungen künftig auch vermeiden können. Bei der Verordnung müssen Arbeitsaufgabe, Arbeitsorganisation und natürlich auch Arbeitszeitgestaltung umfassend einbezogen werden. Störungen im Arbeitsablauf, zunehmende Arbeitsverdichtung, taktgebundene Arbeit, Über- und Unterforderung, Rufbereitschaft, ständige Erreichbarkeit, entgrenzte Arbeitszeiten sind alles zentrale Stichworte. Die muss ich hier bei euch nicht weiter ausführen.

Ein Punkt ist mir aber besonders wichtig. Das ist die Gestaltung der Arbeitszeit. Nacht-, Wochenend- und Schichtarbeit nehmen immer weiter zu. Diese Arbeitszeiten belasten die Beschäftigten. Es ist fast eine Quadratur des Kreises, Tätigkeiten mit atypischen Arbeitszeiten gesund zu gestalten. Dennoch, denke ich, muss diese Aufgabe angepackt werden. Auch systematische Verstöße gegen das Arbeitsschutzgesetz

Vortrag Beate Müller-Gemmeke

müssen stärker geahndet werden.

Die Gestaltung von Arbeit darf sich nicht weiter ausschließlich an unternehmerischen Zielen orientieren, sondern die Leistungsfähigkeit der Menschen muss wieder mehr im Mittelpunkt stehen. Arbeitszeiten, Leistungsvorgaben, Arbeitsorganisation und Personalausstattung müssen so abgestimmt sein, dass psychische Gefährdungen verhindert werden.

Das alles fällt nicht vom Himmel. Freiwilligkeit ist hier zu wenig. Wir brauchen eine Antistressverordnung.

Zweiter Punkt: Das zentrale Instrument der Gefährdungsbeurteilung muss endlich verbindlich umgesetzt werden, und zwar in allen Betrieben. Und ganz wichtig: Die Gefährdungsbeurteilungen müssen mit Hilfe einer Antistressverordnung auch die psychischen Gefährdungen berücksichtigen. Das tun bisher lediglich 16 % der Betriebe. Das ist zu wenig. Dabei sollen die Gefährdungsbeurteilungen zum einen geschlechtsspezifisch, aber vor allem auch altersbezogen durchgeführt werden. Über die Leistungsfähigkeit älterer Beschäftigter wird nicht erst am Ende eines Berufslebens entschieden. Entscheidend sind die Jahre davor. Die kumulativen Auswirkungen von Arbeitsbelastungen müssen also auch berücksichtigt werden.

Auch hier setzen wir nicht auf Freiwilligkeit. Die Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen müssen effektiv kontrolliert werden. Fakt ist aber, es wurde schon mehrmals angesprochen, dass die Länder in den letzten Jahren massiv das Personal abgebaut haben. So wird es nicht funktionieren. Wir brauchen wieder ausreichend Personal bei den Aufsichtsbehörden. Das Personal muss im Übrigen auch in punkto psychischer Gefährdungen qualifiziert werden. Hier besteht Nachholbedarf. Notwendig sind schlussendlich auch Sanktionen, wenn Gefährdungsbeurteilungen gar nicht oder nur mangelhaft durchgeführt werden. Deswegen fordern wir auch nicht nur Sanktionen, sondern dass auch alle Betriebe, auch die kleinen, die Gefährdungsbeurteilung dokumentieren müssen.

Das Umsetzungsproblem bei den Gefährdungsbeurteilungen darf also politisch nicht länger ignoriert werden.

Der dritte Punkt: Ganzheitlich durchgeführte Gefähr-

dungsbeurteilungen funktionieren nur, wenn die Betriebs- und Personalräte auch wirklich umfassend daran beteiligt werden. Die Definition von menschengerechten Arbeitsbedingungen dürfen wir nicht nur allein den Arbeitgebern überlassen. Die Mitbestimmungsrechte bei den Gefährdungsbeurteilungen sind in den letzten Jahren hauptsächlich durch Rechtsprechung konkretisiert worden. Diese Entscheidungen müssen für mehr Rechtsklarheit und Rechtssicherheit gesetzlich nachvollzogen werden. Vor allem müssen notwendige Maßnahmen aufgrund von festgestellten Gefährdungen auch tatsächlich umgesetzt werden. Gibt es dabei Schwierigkeiten, soll zukünftig die Einigungsstelle darüber verbindlich entscheiden.

Die Betriebsräte sind meiner Meinung nach auch noch aus einem anderen Grund sehr wichtig. Obwohl das Thema Stress immer mehr öffentlich diskutiert wird, ist es teilweise noch immer ein Tabuthema. Junge Menschen sehen Stress am Arbeitsplatz als Privatsache und setzen auf ihre eigenen Kräfte. Ältere Menschen hingegen haben natürlich Sorge, dass sie ihren Arbeitsplatz verlieren oder wollen schlichtweg nicht zum „alten Eisen“ gehören. Betriebsräte müssen auch deshalb umfassend eingebunden werden. Denn nur sie können die Belegschaft für das Thema sensibilisieren. Gerade bei psychischen Gefährdungen ist eine starke Mitbestimmung unerlässlich.

Vierter Punkt: Auch der soziale Arbeitsschutz muss mehr in den Mittelpunkt gerückt werden. Das Stichwort ist Mobbing, denn Mobbing hat massive Auswirkungen auf die psychische Gesundheit von Beschäftigten. Viele Betroffene werden durch Mobbing krank und landen dann in der Erwerbsminderungsrente. Wir wollen, dass alle Betriebe verpflichtet werden, dass sie vertrauenswürdige Ansprechpersonen benennen, die bei Mobbing für die Kolleginnen und Kollegen da sind und helfen können.

Bei diesem Thema tappen wir aber immer noch zahlenmäßig im Dunkeln. Die Bundesregierung müsste endlich wieder einen Mobbing-Report auf den Weg bringen. Mobbing macht krank und darf deshalb schlichtweg nicht verschwiegen werden.

Fünfter Punkt: Wir brauchen wieder soziale Leitplanken auf dem Arbeitsmarkt. Prekäre Beschäftigung führt zu anhaltenden Stresssituationen. Das kann in der Folge auch zu psychischen Erkrankungen führen.

Vortrag Beate Müller-Gemmeke

Vorhin hat man die Folie von Dr. Bödeker gesehen, wo auch Zeitarbeit, niedrige Löhne usw. mit drauf standen. Geringe Löhne, mangelnde Wertschätzung und die ständige Unsicherheit belasten die Menschen. Die Menschen mit prekären Jobs haben schlichtweg Angst, dass sie wieder arbeitslos werden. Sie machen sich Sorgen, wie sie über die Runden kommen können. Und sie wissen auch, dass Altersarmut droht.

Hier ist einzig und allein die Politik in der Verantwortung. Gerade als Grüne stehe ich auch zu dieser Verantwortung. Fehlentwicklungen können und müssen korrigiert werden. Ich denke, die Antworten sind bekannt. Ich muss sie nicht im Detail aufführen. Notwendig sind Reformen bei der Leiharbeit, bei Werkverträgen, bei Befristungen, Minijobs. Vor allem brauchen wir natürlich einen flächendeckenden echten gesetzlichen Mindestlohn und auch Maßnahmen zur Stärkung des Tarifvertragssystems. Jegliche Arbeit hat ihren Wert. Und Beschäftigte müssen von ihrer Arbeit auch leben können und brauchen vor allem auch soziale Sicherheit.

Weniger Stress und dafür alterns- und altersgerechte Arbeitsbedingungen gibt es also nur mit guter Arbeit.

Sechster Punkt: Nicht alle Tätigkeiten können stressfrei und gesund gestaltet werden. Es wird auch zukünftig belastende Tätigkeiten geben. Als Konsequenz muss frühzeitig zum Schutz der betroffenen Beschäftigten umgesteuert werden. Notwendig sind ein vorausschauendes Personalmanagement, Weiterbildung, Qualifizierungsmaßnahmen, um Frühverrentungen zu vermeiden.

Gefördert werden momentan aber meist nur die vermeintlich Leistungsstarken. Wir sagen, es müssen auch Ältere, es müssen MigrantInnen, Geringqualifizierte und im Übrigen auch Frauen häufiger weiterqualifiziert werden. Hier ist schlichtweg ein Umdenken in den Chefetagen dringend geboten. Qualifizierung darf nicht nur unter Effizienzaspekten gesehen werden. Die Beschäftigten müssen im Mittelpunkt der Überlegungen stehen.

Schlussendlich brauchen wir natürlich auch flexible Übergänge in die Rente, die den unterschiedlichen Erwerbsbiographien entsprechen. Notwendig ist beispielsweise eine verbesserte Teilrente. Wir Grünen wollen auch eine Garantierente gegen Altersarmut.

Wichtig ist aber insbesondere eine abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente. Denn Beschäftigte mit arbeitsbedingten Krankheiten müssen schlichtweg aufgefangen werden. Die Beschäftigten haben sich ein Leben in Würde im Alter verdient.

Gute und gesunde Arbeitsbedingungen sind eine Zukunftsinvestition, die sich für alle lohnt – für die Betriebe, für die Verwaltungen. Und sie lohnt sich insbesondere für die Menschen, die dort arbeiten. Die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und die Vermeidung von psychischen Gefährdungen sind in einer älter werdenden Gesellschaft eine zentrale Herausforderung. Eine Schlüsselfunktion haben dabei selbstverständlich die Tarifpartner, die Arbeitgeber, die Betriebsräte, die Personalräte, aber auch – ganz wichtig – die Wissenschaft. Denn nur sie gemeinsam können beispielsweise eine Antistressverordnung schlussendlich mit Leben füllen.

Die Politik aber muss den Prozess in Gang setzen und den gesetzlichen Rahmen vorgeben. Von daher ist Handeln angesagt. – Vielen Dank.

